

PRÜFANTRAG
Wohnraum langfristig fair verteilen
Befristete Mietverträge bei Wohnungen, welche
durch die Stadt vergeben werden

Der Gemeinderat möge beschließen:

Bürgermeister Georg Willi lässt umfassend prüfen, ob und wie die Wohnungsvergabe von Wohnungen welche der Stadt Innsbruck im Rahmen des geförderten Wohnbaus überlassen werden oder durch die IIG errichtet werden, nur mehr im Rahmen von befristeten Mietverträgen vergeben werden können. Das Ergebnis der rechtliche Prüfung ist dem Gemeinderat anschließend zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

In Innsbruck haben wir beim Wohnungsangebot einen besonders hohem Druck für Familie. Die Prüfung der Voraussetzungen für eine „Stadtwohnung“ erfolgt bei der Antragstellung und bei jeder Wiederholung. Sobald die Wohnung aber vergeben ist, wird weder das Einkommen in den Folgejahren noch der wirkliche Bedarf überprüft. Das führt dazu, dass die Voraussetzungen nach einigen Jahren womöglich nicht mehr gegeben sind. Weder die Anforderungen für den Raumbedarf, noch die Voraussetzungen im Bezug auf die Einkommensgrenzen. Das Problem ist, dass durch diese Vorgehensweise die Wohnungen nicht mehr dem eigentlichen sozialen Zweck zur Verfügung stehen. Der Effekt ist der gleiche, wie wenn die Wohnungen verkauft werden. Sie stehen nicht mehr zur Verfügung.

Wir fordern deshalb, dass in Zukunft Wohnungen, welche neu vergeben werden, eine Befristung von 10 Jahren im Mietvertrag vorsehen. Nach dieser Zeit sollen die Voraussetzungen erneut überprüft werden und ggf. die Wohnraumgröße oder die Miete angepasst werden. In Vorarlberg wird dieses Modell seit Jahren angewandt, um den begrenzten sozialen Wohnbau auch wirklich zielgerichtet an Menschen zu vergeben, die ihn wirklich brauchen.

Wir sind überzeugt, dass es eine fairere, gerechtere Verteilung von unseren Wohnungen braucht. Und die erreichen wir nicht, wenn wir Wohnungen der eigentlichen Gemeinnützigkeit entziehen.

Bedeckungsvorschlag: Eine Konzepterstellung findet im Rahmen der Amtstätigkeit statt.

Wir bitten den Gemeinderat um breite Zustimmung!

Mag.^a Julia Seidl
Gemeinderätin, NEOS